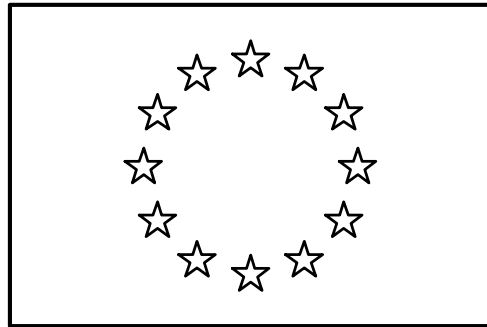




EL SALVADOR

Strategiepapier

2002-2006

INDEX

1. ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT MIT EL SALVADOR	5
1.1. Allgemeine Ziele.....	5
1.2. Regionale Kooperationsziele	5
1.3. Bilaterale Ziele.....	7
2. AGENDA DER SALVADORIANISCHEN REGIERUNG.....	7
3. ANALYSE DER LAGE IN EL SALVADOR	8
3.1. Politische Lage: Eine Demokratie in der Konsolidierungsphase.....	8
3.2. Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen	9
3.2.1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
3.2.2. Soziale Komponente.....	12
3.2.3. Außenwirtschaftliche und regionale Komponente	13
3.3. Nachhaltigkeit der derzeitigen Politiken	13
3.3.1. Umweltgefährdung	13
3.3.2. Geschlechtsspezifischer Aspekt und Chancengleichheit	14
3.3.3. Sozioökonomische Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung	14
3.4. Aufgaben für die Zukunft	16
4. INTERNATIONALE HILFE FÜR EL SALVADOR.....	17
4.1. Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit El Salvador	17
4.2. Programme der EU-Mitgliedstaaten und der anderen Geber.....	19
4.2.1. Wichtigste bilaterale Hilfen der EU-Mitgliedstaaten.....	19
4.2.2. Andere Geber.....	19
5. DIE ANTWORT DER ZUSAMMENARBEIT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT	20
5.1. Grundsätze und Ziele der Zusammenarbeit der Gemeinschaft	20
5.2. Schwerpunktbereiche.....	20
5.2.1. Demokratisierung, Modernisierung des Staates, Sicherheit der Bürger, Verstärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft.....	20
5.2.2. Unterstützung einer integrierten und nachhaltigen lokalen Entwicklung.....	21
5.2.3. Gerechtes Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum	21
5.3. Bereiche außerhalb der festgelegten Schwerpunktbereiche	22
5.4. Operationelle Kriterien	22
5.5. Andere Haushaltslinien und Mittel.....	23

5.6. Kohärenz mit den EU-Politiken (Policy Mix).....	23
5.7. Komplementarität unter den EU-Mitgliedstaaten und mit den anderen Gebern und internationalen Organisationen.....	24
6. MEHRJÄHRIGES RICHTPROGRAMM	24
6.1. Finanzierungsinstrumente	24
6.2. Kooperationsschwerpunkte	25
6.2.1. Konsolidierung und Modernisierung des Staates, Good Governance	25
6.2.2. Integrierte und nachhaltige lokale Entwicklung.....	26
6.2.3. Gerechtes und nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum	28
6.3. Querschnittsthemen (cross-cutting).....	29
6.4. Arbeitsprogramm	30
7. ANHÄNGE	30

Anhang 1	El Salvador „at Glance“ (Quelle: Weltbank)
Anhang 2	Statistiken (Quelle: Weltbank)
Anhang 3	Handelsstatistiken (Quelle: Eurostat)
Anhang 3a	Handel mit der EU (Quelle: Eurostat)
	Verwendungsraten APS 1997-2000
Anhang 4	Statistiken (Quelle: UNDP)
Anhang 4a	Indikatoren (UNPD)
Anhang 5	Internationale Hilfsangebote nach den Erdbeben
Anhang 6	Hilfe für El Salvador 1995-1999 (OECD)
Anhang 7	Öffentliche Entwicklungshilfe für El Salvador 1998-1999 (DAC-OECD)
Anhang 8	Schwerpunkte der Hilfe der EU-Länder für El Salvador
Anhang 9	Policy Mix
Anhang 10	Vereinbarung (Memorandum of Understanding) 2001
Anhang 11	Regionales Wiederaufbauprogramm für Zentralamerika (PRRAC)

EL SALVADOR – ALLGEMEINER ÜBERBLICK



Amtliche Bezeichnung:	Republik El Salvador
Hauptstadt:	San Salvador
Landesfläche:	21 040 km ²
Bevölkerung:	6,3 Millionen (durchschnittliches Bevölkerungswachstum/Jahr 2,0 %)
Amtssprache:	Spanisch
Währung:	Colon (1 USD = 8,75 Colon)
Staatsform:	Präsidiale Republik Parlament „Asamblea Legislativa“ (Einkammersystem; 84 Sitze; Direktwahl der Abgeordneten für 3 Jahre)
Regierungschef (Präsident):	Francisco FLORES (ARENA)
Nächste Präsidentschafts- und Parlamentswahlen:	März 2004; März 2003
Wichtigste Parteien:	
ARENA – Nationale Republikanische Allianz	28 Sitze
FMLN – Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti	31 Sitze
PCN – Nationale Versöhnungspartei	14 Sitze
PDC – Christlich-Demokratische Partei	5 Sitze

	1990	1999	2000
Reales BIP (% Wachstum)		3,4	2,0
BIP (Mrd. USD)	4,8	12,5	13,2
Pro-Kopf-BIP (USD)	1 000	2 026	2 105
Inflationsrate (%)	24,1	0,5	2,3
Leistungsbilanzsaldo		-286	-418
Konsolid. Abschlussaldo d. Staatshaushalts (Mio. USD)		-267	-304
Gesamthandelsbilanzsaldo (Mio. USD)	-680	-1516	-1996
Devisenreserven (Mio. USD)	399	2 004	1 922
Gesamtverbindlichkeiten (Mittel vollständig verausgabt) (Mio. USD)	2 148	4 014	4 306

Quellen: Weltbank, Zentralbank von El Salvador

Zusammenfassung

Dieses Länderstrategiepapier ist Teil eines kontinuierlichen Prozesses zur Durchführung der Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit El Salvador. Es ist ein wesentliches Element des mit der Reform der Verwaltung der Außenhilfe eingeführten verbesserten Programmierungsverfahrens, das zu mehr Kohärenz zwischen den strategischen Prioritäten der EU und zu einem angemessenen Policy Mix für die einzelnen Partnerländer führen soll. Die vorliegende Strategie beruht auf El Salvadors eigener Entwicklungsagenda sowie den Kooperationsgrundsätzen der Kommission und der im März 2001 unterzeichneten Vereinbarung (Memorandum of Understanding, MoU) mit El Salvador. Außerdem baut sie auf der vorhergehenden Länderstrategie für den Zeitraum 1998–2000 auf. Im Zeitraum 2002–2006 werden sich die Programme für die Zusammenarbeit der Kommission mit El Salvador in erster Linie auf die drei Schwerpunkte Modernisierung und Dezentralisierung der Regierungstätigkeit, lokale Entwicklung und Unterstützung des produktiven Sektors konzentrieren. Für diese Schwerpunktbereiche wurde im Rahmen der Vereinbarung (MoU) ein Richtbetrag von 60 Mio. Euro vorgesehen. Diese Mittel sollen ergänzt werden durch Projekte, die aus spezifischen Haushaltslinien finanziert werden, sowie Programme, die im Rahmen der Regionalprogramme für Zentral- und Lateinamerika finanziert werden. Die endgültige Projektauswahl und die Zuweisung der entsprechenden Beträge erfolgen aufgrund der Ergebnisse detaillierter Projektfindungs- und –vorbereitungsarbeiten, die von der Kommission abgewickelt werden. Die Umsetzung des indikativen Arbeitsprogramms hängt von der Höhe der der Kommission jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ab.

1. ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT MIT EL SALVADOR

1.1. Allgemeine Ziele

Die allgemeine Regelung der Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit findet sich in **Artikel 177 des EU-Vertrags**, der die folgenden drei prioritären Ziele festlegt:

- Unterstützung der nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;
- schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft;
- Bekämpfung der Armut.

Die **Gemeinsame Erklärung des Ministerrats und der Europäischen Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft** (November 2000) legt u. a. fest, dass sich die Zusammenarbeit der Europäischen Union in erster Linie auf die Verringerung und schrittweise Beseitigung der Armut konzentrieren sollte. Diese umfasst folgende Bereiche: Verknüpfung von Handel und Entwicklung, Unterstützung der regionalen Integration und Zusammenarbeit, Unterstützung der makroökonomischen Politik und gleicher Zugang zu sozialen Dienstleistungen, Transport, Ernährungssicherheit und ländlicher Entwicklung sowie Stärkung der institutionellen Kapazitäten, vor allem in den Bereichen Good Governance und Rechtsstaatlichkeit.

1.2. Regionale Kooperationsziele

Hinsichtlich der spezifischen Kooperationsziele und der Grundsätze für die Regionen Lateinamerika und Zentralamerika findet die **Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992** über die finanzielle und technische Hilfe der Gemeinschaft Anwendung. In dieser Verordnung wird der Stärkung des Kooperationsrahmens und der Förderung einer auf Dauer angelegten Entwicklung und der Stabilität der sozialen,

wirtschaftlichen und demokratischen Verhältnisse durch einen institutionellen Dialog und wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit Priorität eingeräumt.

Im Jahr 1995 wies die Kommission in ihrer Mitteilung „Europäische Union-Lateinamerika – Die Partnerschaft heute und die Perspektiven für ihren Ausbau - 1996-2000“ (KOM(95) 495 endg.) nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, in Lateinamerika über eine Reihe unterschiedlicher Ansätze zu verfügen, die auf die nationalen und subregionalen Gegebenheiten abgestellt sind. Im Rahmen der Leitlinien, die in der Mitteilung der Kommission vom März 1999 über eine neue Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (KOM(99) 105 endg.) festgelegt sind, sowie der Folgemaßnahmen zum Gipfeltreffen in Rio 1999 (KOM(2000) 670 endg.) bekannte sich die Kommission nachdrücklich zu ihrem Ziel, die Partnerschaft zu stärken, und schlug vor, ihre Tätigkeit in den drei prioritären Bereichen – Förderung und Schutz der Menschenrechte, Förderung der Informationsgesellschaft und Bekämpfung sozialer Ungleichheit – zu intensivieren und die festgelegten Prioritäten in den Dialog auf bilateraler und subregionaler Ebene einzubeziehen.

Den Rahmen für die Leitlinien für die Zusammenarbeit mit El Salvador werden durch die **San-José-Tagungen** der EU und der Länder Zentralamerikas (El Salvador, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama) vorgegeben, die seit 1984 das bevorzugte Instrument des Dialogs zwischen den beiden Seiten darstellen, der der Unterstützung des Friedens- und Demokratisierungsprozesses in der Region dienen soll. In diesem 1996 in Florenz erneuerten Dialog wurden folgende allgemeine Ziele für die künftige Zusammenarbeit mit den einzelnen Ländern und der Region festgelegt: Förderung einer nachhaltigen und gerechten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung; verstärkter Kampf gegen Unsicherheit und Kriminalität; Förderung der Konsolidierung und Modernisierung des Rechtsstaates; Stärkung der Sozialpolitik.

Im Fall El Salvadors sollen sich diese Leitlinien in den Prozess einfügen, der durch das im Januar 1992 in Mexico City unterzeichnete **Abkommen von Chapultepec** eingeleitet wurde, das dem bewaffneten Konflikt ein Ende setzte und ein neues Szenario für Aussöhnung, Demokratisierung und wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglichte.

Ergänzend zu diesen Regelungen legte die **regionale Beratende Gruppe** auf ihrer Tagung in **Stockholm** (1999), die sich mit den vom Wirbelsturm Mitch heimgesuchten Ländern Zentralamerikas befasste, noch eine Reihe von Leitlinien und Zielen für den Wiederaufbau der Region fest, von denen folgende besonders hervorgehoben wurden: die Verringerung der ökologischen und sozialen Schwäche der Region und die Notwendigkeit, Zentralamerika auf der Grundlage einer integrierten Analyse wiederaufzubauen und umzugestalten - mit Transparenz, Good Governance und Demokratie, verstärkter Dezentralisierung der Regierungsfunktionen und aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Den derzeitigen Rahmen für die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit liefert das **Rahmenabkommen über die regionale Entwicklungszusammenarbeit** von 1993, das zwischen den genannten sechs Ländern Zentralamerikas und der Kommission geschlossen wurde und 1999 in Kraft trat. Dieses Abkommen der "dritten Generation" betrifft eine Vielzahl von Bereichen und sah die Einsetzung eines Gemischten Ausschusses (dessen letzte Tagung im März 2001 in Guatemala stattfand) und von Unterausschüssen für die Umsetzung des Abkommens vor (die letzte Tagung des Unterausschusses für Entwicklungszusammenarbeit fand im April 2002 in Managua statt).

Die Darstellung der Zusammenarbeit mit El Salvador wäre im Übrigen nicht vollständig ohne den Hinweis auf das **Allgemeine Präferenzsystem** (APS), das den Ländern Zentralamerikas ein System einseitiger Handelspräferenzen bietet. Die im Rahmen der

besonderen Bestimmungen zur Drogenbekämpfung gewährten Zollbedingungen für einige Agrarerzeugnisse wurden von der EU verlängert; desgleichen wurden die spezifischen Präferenzen für Industrieerzeugnisse, die für die Andenländer vorgesehen sind, auf Zentralamerika ausgedehnt. Das System wurde im Dezember 2001 bis Ende 2004 verlängert.

1.3. Bilaterale Ziele

Im März 2001 unterzeichneten die Europäische Kommission und die salvadorianische Regierung eine **Vereinbarung (Memorandum of Understanding, MoU)**, in der eine Gesamthilfe von 60 Mio. Euro für die Haushaltslinien festgelegt wurde, die für die finanzielle und technische Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Zeitraum 2000-2006 bestimmt sind: Modernisierung und Demokratisierung des Staates und Sicherheit der Bürger (27 % des Gesamtbetrags), sozioökonomische Entwicklung im ländlichen Bereich (22 %), Unterstützung einer nachhaltigen Umweltbewirtschaftung (18 %), Gesundheit (14 %), Entwicklung des Privatsektors (13 %).

Darüber hinaus ging die internationale Gemeinschaft auf der Tagung der **Beratenden Gruppe** im März 2001 in Madrid gegenüber El Salvador eine Reihe finanzieller Verpflichtungen ein, mit denen ein Beitrag zur Behebung der Erdbebenschäden von Januar und Februar 2001 geleistet werden soll.

2. AGENDA DER SALVADORIANISCHEN REGIERUNG

Der **Regierungsplan „La Nueva Alianza“** sieht vier Hauptaktionsschwerpunkte für den Zeitraum 1999-2004 vor:

- eine Allianz für Arbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, Entwicklung der Landwirtschaft, Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen und Export- und Investitionsförderung;
- einen Solidarpakt für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen auf lokaler Ebene und für die gleichzeitige Entwicklung des Zugangs zu den grundlegenden Dienstleistungen und die Verbesserung ihrer Qualität durch Verstärkung der sozialen Partizipation und der Dezentralisierung der Regierungstätigkeit;
- eine Allianz für Sicherheit zur Verringerung der Unsicherheit und Kriminalität;
- eine Allianz für die Zukunft zur nachhaltigen Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft im Einklang mit der Umwelt.

Zur Umsetzung dieses Plans schlägt die Regierung eine "Allianz" mit den lokalen Behörden und den Bürgern, die Entwicklung einer transparenten, effizienten und ergebnisbezogenen Verwaltung, eine effizientere Steuererhebung und eine bessere Verwendung der öffentlichen Mittel sowie die Umstrukturierung des Staatshaushalts entsprechend den Prioritäten des Landes vor.

Diese Leitlinien wurden von der Regierung zweimal ergänzt. Im November 2000 stellte der derzeitige Staatspräsident Francisco Flores persönlich den im "**Plan de Nación**" (PN) enthaltenen Vorschlag „*Acciones Territoriales*“ vor, der auf eine Verringerung der Rückständigkeit und Armut der ländlichen und städtischen Gebiete abzielt. Dieses von der Nationalen Entwicklungskommission (CND) nach einem langen Konsultationsprozess auf nationaler Ebene vorgelegte Papier enthält einen Raumordnungsplan, der 5 große Arbeitsbereiche umfasst: die Konnektivität, produktive Umwelt, produktive Wirtschaft, System der Städte und kommunale Anbindung oder Integration.

Im März 2001 legte die salvadorianische Regierung anlässlich der Tagung der Beratenden Gruppe in Madrid einen "**Plan de Recuperación**" vor, der zum Ziel hat, die Auswirkungen der Erdbeben vom 13. Januar und 13. Februar 2001 zu beheben, die angestrebte nachhaltige Entwicklung und die Wirtschaft des Landes mittelfristig wieder in Gang zu bringen und die festgestellten Schwächen langfristig zu überwinden. Dieser Plan verfolgt in Einklang mit der Strategie des Plans La Nueva Alianza und des Plan de Nación folgende spezifische Ziele für den Zeitraum 2001-2005:

- Behebung der Schäden im Bildungs- und Gesundheitswesen und Wiederherstellung der sozialen Netze;
- Wiederherstellung beschädigter Wohnungen, Reaktivierung des Produktionspotentials und der Infrastruktur;
- Verringerung der Gefährdung und vernünftige Nutzung der natürlichen Ressourcen;
- Förderung einer nachhaltigen, in stärkerem Maße partizipativen und zur Integration der lokalen Wirtschaft fähigen Entwicklung;
- Verringerung des Wanderungsdrucks im Inneren des Landes und nach außen.

Außerdem wurde eine Liste von Maßnahmen festgelegt, die nach einem indikativen Dreiphasenzeitplan gegliedert sind: kurzfristig (bis 2001) Soforthilfe und Rehabilitation und mittelfristig (2002-2005) Wiederaufbaumaßnahmen.

3. ANALYSE DER LAGE IN EL SALVADOR

3.1. Politische Lage: Eine Demokratie in der Konsolidierungsphase

Nach einem heftigen Bürgerkrieg, der sich über die gesamten 80er Jahre erstreckte, markiert das **Friedensabkommen vom Januar 1992** den **Beginn eines allmählichen Wandlungsprozesses** von einem repressiven, autoritären und ausgrenzenden Regime hin zu einer demokratischen, politischen Wettstreit zulassenden und auf soziale Eingliederung ausgerichteten Staatsordnung. Neben anderen Ergebnissen gilt es auch die folgenden Ergebnisse zu unterstreichen: die Demilitarisierung des politischen Lebens und der Gesellschaft, die Stärkung der Grundfreiheiten und eines Wahlsystems, das den gegnerischen Seiten ermöglicht, ihren Ansichten als politische Parteien Ausdruck zu verleihen, und zwar im Rahmen eines Prozesses, der neben anderen Aspekten durch die Wahlkampfideologie gekennzeichnet ist. Gleichzeitig profitieren diese Fortschritte von der Einrichtung von Institutionen wie der nationalen Zivilpolizei oder der *Procuraduría* der Menschenrechte. Trotz der erheblichen, auf internationaler Ebene anerkannten Fortschritte, steht die Entwicklung des politischen Prozesses noch vor großen Herausforderungen. Zwar konnte der Entmilitarisierungsprozess erfolgreich abgeschlossen werden, aber das Ansehen mehrerer neuer Institutionen, z. B. der Justizverwaltung und der Nationalen Zivilpolizei, in der Öffentlichkeit ist noch nicht ganz gefestigt.

- Was das Wahlsystem angeht, so gibt es Vorschriften und Institutionen, die den Wettstreit der politischen Kräfte gewährleisten und zu **wechselnden Machtkonstellationen** in vielen Kommunen, auch der wichtigsten und symbolträchtigsten, der Hauptstadt San Salvador, sowie im gesetzgebenden Organ des Landes (relative Mehrheit der wichtigsten Oppositionspartei FMLN in der Nationalversammlung) geführt haben. Im Übrigen wird am Pluralismus festgehalten, obschon das Land **noch ein hohes Maß an Polarisierung** aufweist, die sich in den beiden beherrschenden Parteien - der Regierungspartei ARENA und der FMLN, die aus den gegnerischen Lagern im letzten bewaffneten Konflikt hervorgegangen sind – manifestiert. In diesem Rahmen wird zäh an bestimmten **Meinungsverschiedenheiten bezüglich des sozioökonomischen und politischen Modells** festgehalten, das die wichtigsten politischen Kräfte des Landes

verwirklichen wollen – eine Debatte, die die wirtschaftlichen und sozialen Akteure verunsichert und dadurch den demokratischen Konsolidierungsprozess bisweilen verlangsamt.

Das größte Problem dürfte die **Sicherheit der Bürger** sein. Zur Erklärung dieses Phänomens wird auf verschiedene Faktoren verwiesen, etwa die Kriegsfolgen, die verbreitete Straffreiheit und die mangelnde Festigung des Rechtsstaates, den Verlust der Grundwerte für das Zusammenleben in der Gesellschaft, die Armut und Chancenlosigkeit sowie eine „Kultur der Gewalt“ und den Einfluss des internationalen organisierten Verbrechens.

- Zu den weiter oben beschriebenen Fortschritten müsste noch die Verbesserung sowohl der Effizienz als auch der **Glaubwürdigkeit der wichtigsten Institutionen** kommen, sei es der Volksvertretungsorgane (Legislative und Parteiensystem), der Regierungsorgane (eine Exekutive, die tatsächlich fähig wäre, der gesamten Gesellschaft Stabilität und Sicherheit zu geben) oder der Einrichtungen, die für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zuständig sind (Justiz und „Procuraduria de Derechos Humanos“, die staatliche Stelle zum Schutz der Menschenrechte). Dies gilt insbesondere für die Justiz, die zwar unabhängig ist, aber nach wie vor in dem Ruf steht, ineffizient und korrupt zu sein.
- In einem Land wie El Salvador, das sich immer noch in einer demokratischen Konsolidierungsphase befindet und wo eine Tendenz zur **Abnahme der Wahlbeteiligung** (von 48,6 % im Jahr 1994 auf 33,2 % im Jahr 2000) festzustellen ist, kommt der **Vertretung und Beteiligung der Zivilgesellschaft** zentrale Bedeutung zu. Abgesehen von den Privatunternehmen hat die Zivilgesellschaft im wirtschaftlichen und sozialen Bereich **wenig Einfluss auf die Festlegung der staatlichen Politik und die Kontrolle der Regierungstätigkeit**. Außerdem leben einigen Schätzungen zufolge 25 % der salvadorianischen Bevölkerung im Ausland und verfügen über keinerlei Vertretung im politischen System des Landes, weil sie nicht an den Wahlen teilnehmen. Dieses Manko wird noch verschärft durch die **Konzentration der Regierungstätigkeit auf zentraler Ebene** und die **schwache Organisation der Zivilgesellschaft**.
- Ungeachtet all dieser Sachverhalte ist **auf lokaler Ebene** eine entgegengesetzte Tendenz zu beobachten. Die **Konzertierung zwischen Staat und Zivilgesellschaft** sowie die Beteiligung der Bürger sind heute Teil der nationalen Agenda und haben in Gremien, die der Beteiligung der Bürger und der Konzertierung der lokalen Entwicklung dienen (kommunale und lokale Entwicklungskomitees), in verschiedenen Beispielen partizipativer Planung und Durchführung der lokalen Entwicklung, in lokalen Initiativen der Zivilgesellschaft zur Verhütung von Katastrophen, in salvadorianischen Emigrantenorganisationen zur Förderung der lokalen Entwicklung usw. konkrete Gestalt angenommen.
- Auf alle Fälle ist darauf hinzuweisen, dass sich die Demokratie in El Salvador noch in der Konsolidierungsphase befindet und dass die Verwurzelung demokratischer Gepflogenheiten in Gesellschaft und Institutionen einige Zeit in Anspruch nimmt. In diesem Zusammenhang ist bei verschiedenen Kräften die Tendenz zu beobachten, gemeinsam auf ein maßvolles und verantwortliches Verhalten in der politischen Debatte des Landes hinzuarbeiten.

3.2. Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

3.2.1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

El Salvador ist ein Land, das trotz seiner geringen Größe – es ist das kleinste Land Zentralamerikas – im Vergleich zu seinen Nachbarländern eine recht beachtliche Dynamik aufweist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) (13,2 Mrd. USD im Jahr 2000) sowie

das Pro-Kopf-BIP (2 105 USD im Jahr 2000) haben sich innerhalb von 10 Jahren verdoppelt und El Salvador zu einem **Land mit mittlerem Einkommen** werden lassen.

- Die Struktur und die Entwicklung der salvadorianischen Wirtschaft in Bezug auf BIP, Ausfuhren und die Schaffung von Arbeitsplätzen werden gegenwärtig von einer **Zunahme der gewerblichen Fertigung** (vor allem der *maquila*¹) und einem **schrittweisen Rückgang des Anteils der traditionellen landwirtschaftlichen Tätigkeiten** (vor allem der Kaffeeproduktion) **an der Wirtschaft** bestimmt.

Quelle: Weltbank

Zusammensetzung BIP	1990	1999	2000	Mio. USD	1990	1999	2000
Landwirtschaft (%)	17,1	10,7	10,1	Ausfuhren	861	3 135	3 646
Industrie (%)	26,2	29,1	30,2	Einfuhren	1 462	4 651	5 642
(davon Fertigung)	(21,7)	(22,5)	(23,4)	Saldo	-601	-1 516	-1 997
Dienstleistungen (%)	56,6	60,1	59,6	Überw.a.d.Ausl.	322	1 373	1 750

- Seit 1990 bemüht sich El Salvador um eine **transparente und sehr offene Handelspolitik**, da der freie Handelsverkehr seines Erachtens für die langfristige Sicherung des Wirtschaftswachstums wichtig ist. Im Hinblick darauf wurde das Gesamthandelsvolumen zwischen 1990 und 2000 ausgeweitet, mit einem **chronischen Handelsbilanzdefizit, das im Jahr 2000 15 % des BIP entspricht**. Dieses Defizit ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Einfuhren der Maquila-Industrie und der Konsumgüterimporte einerseits und eine Verringerung der traditionellen Ausfuhren andererseits zurückzuführen. **Dieser Entwicklung stehen die Überweisungen im Ausland lebender Familienangehöriger**, hauptsächlich aus den USA, **gegenüber**, die die wichtigste Stütze für die Grundfaktoren des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wie den Zahlungsbilanzsaldo und die Wechselkursstabilität darstellen.
- Was die **Entwicklungstrends** angeht, so waren **in der salvadorianischen Wirtschaft** im letzten Jahrzehnt **zwei verschiedene Etappen zu erkennen. Bis 1995 hatte die Wirtschaft beträchtliche Zuwachsraten zu verzeichnen**, die im Durchschnitt über 6 %/Jahr lagen, und gleichzeitig Inflationsraten, die durchweg - wenn auch in maßvollem Umfang - über 10 % lagen. Außerdem wurden in diesem Zeitraum in der Wirtschaft tief greifende Strukturreformen durchgeführt, u. a. die Liberalisierung von Handel und Finanzen, die Privatisierung von Unternehmen, Banken und Staatsvermögen, die Reform des Rentensystems und die Deregulierung und Anpassung von Tarifen und Preisen.
- Im zweiten Jahrfünft hat sich die Wirkung der Reformen offenbar abgeschwächt**: Das Wirtschaftswachstum ließ nach und ging auf 2 % im Jahr 2000 zurück, desgleichen die Direktinvestitionen ausländischer Anleger, obwohl die Inflationsrate unter 10 % sank. Im Jahr 2000 fiel der Preisindex auf 4,3 %, gegenüber einem Jahresdurchschnitt von 9,4 % in den 90er Jahren. Als **Gründe für diese Abschwächung** lassen sich sowohl **interne** Faktoren (sektorspezifische Wachstumsprobleme, z. B. in der Landwirtschaft, das Steuerdefizit, die Verringerung der Binnennachfrage sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes und die Notwendigkeit einer neuen Generation von Reformen, z. B. Regulierung der privatisierten Wirtschaftsbereiche und Festlegung der Wettbewerbsregeln) als auch **externe** Faktoren (Verfall des Kaffeepreises, Anstieg des Erdölpreises, die Wirtschaftskrise in Asien und die Folgen des Wirbelsturms Mitch) nennen.

¹ Maquila: Zunächst in Mexiko und später in ganz Lateinamerika verwendeter Ausdruck für Fabriken, zumeist Manufakturen, in steuer- und zollfreien Gebieten, die sich mit der Montage und der Endfertigung von Erzeugnissen befassen, die für die Märkte der entwickelten Länder bestimmt sind.

Trotz der genannten Entwicklungstrends **konnte sich El Salvador** mit einer der geringsten Auslandsverschuldungsquoten Lateinamerikas (schätzungsweise 20-25 % des BIP), niedrigen Inflationsraten, angemessenen Devisenreserven und einem in den letzten fünf Jahren stabil gebliebenen Wechselkurs **große makroökonomische Stabilität und Währungsstabilität bewahren**. Zu Beginn des Jahres 2001 traten jedoch zwei sehr unterschiedliche Ereignisse ein, die beide für die Gesellschaft El Salvadors in ihrer Gesamtheit tief greifende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben:

- Ab 1.1.2001 fand das **Wirtschaftsintegrationsgesetz** Anwendung, **das den Kurs des US-Dollar festschreibt** und seinen freien Verkehr parallel zur Landeswährung regelt. Außerdem wurde der US-Dollar zur verbindlich vorgeschriebenen Rechnungseinheit sowohl für das öffentliche als auch für das private Finanzsystem des Landes. Die wichtigsten Auswirkungen, die man sich von dieser Maßnahme erwartet, sind erhebliche Zinssenkungen und zusätzliche Investitionen ausländischer Anleger, weil kein Wechselkursrisiko mehr besteht. Andererseits bedeutet dies weniger Flexibilität in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik des Landes (Wegfall der Währungspolitik und des Wechselkurses als wirtschaftspolitische Instrumente).
- Die **tragische Heimsuchung durch die verheerenden Erdbeben** vom 13. Januar und 13. Februar 2001 hat zu einer **erheblichen Schwächung des Wirtschaftslebens** des Landes geführt, mit einer **Zunahme der öffentlichen Ausgaben und der internationalen Kredite** zur Finanzierung der Wiederaufbaumaßnahmen. Dadurch wurde das Steuersystem aus dem Gleichgewicht gebracht, das in den letzten fünf Jahren ein wachsendes Defizit zu verzeichnen hatte (im Jahr 2000 schätzungsweise 3 % des BIP) und durch eine regressive Entwicklung und ein daraus resultierendes geringes Steueraufkommen gekennzeichnet ist, das immer noch unter 11 % des BIP im Zeitraum 1990-2000 liegt.

Die EU ist der drittgrößte Handelspartner El Salvadors (im Jahr 2000 belief sich ihr Anteil auf 936 Mio. Euro bzw. 11,2 % der gesamten Ein- und Ausfuhren), nach den **USA (48,4 %)** und den **Ländern Zentralamerikas (19,3 %)**. **Die EU importiert hauptsächlich Agrarerzeugnisse** (83,8 % der Gesamteinfuhren aus El Salvador) und exportiert vor allem Erzeugnisse aus den Bereichen Verkehr (45,3 %), Energieerzeugung (18,2 %) und Chemie (10,2 %). Der wichtigste europäische Handelspartner ist Deutschland (4,5 % der Gesamteinfuhren im Jahr 2000). Die vorliegenden Daten lassen einen **rückläufigen Trend beim Handel zwischen El Salvador und Europa** erkennen, der auf den Verfall des Kaffeepreises und die Ablösung europäischer Industrieerzeugnisse durch Produkte aus anderen Lieferländern² zurückzuführen ist. Dagegen haben die europäischen Investitionen in den letzten fünf Jahren vor allem durch Konzentration auf den Dienstleistungssektor - Telekommunikation, Tourismus, Renten, Versicherungen u. a. - quantitativ und qualitativ an Bedeutung gewonnen. Die Ausfuhren El Salvadors nach Europa im Rahmen des **Allgemeinen Präferenzsystems (APS)** beliefen sich 1997 auf 370 Mio. Euro. Fast alle Erzeugnisse (vor allem tiefgefrorene Sandgarnelen, Kaffee und Leder) fielen unter den Teil „Landwirtschaft“ des APS. Trotz einer 55%igen Steigerung im Jahr 1996 ist das APS ein Instrument, das in El Salvador noch wenig bekannt ist bzw. genutzt wird, da sich immer wieder erweist, dass der Handel kaum zu einer Diversifizierung seiner Absatzmärkte fähig ist.

² Die statistischen Angaben zum Außenhandel mit Europa sind möglicherweise wegen der unterschiedlichen Handelswege und -modalitäten zu niedrig angesetzt. Einige Handelströme sind nämlich in den Statistiken nicht berücksichtigt, weil sie zeitweise durch Drittländer verlaufen.

3.2.2. Soziale Komponente

Bei einer Fläche von 21 041 km² und einer Gesamtbevölkerung von 6,3 Millionen ist El Salvador mit 300 Einwohnern/km² das **am dichtesten besiedelte Land des gesamten amerikanischen Kontinents**. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 20,7 Jahre. 60 % der Bevölkerung konzentriert sich in den städtischen Gebieten. Von seiner ethnischen Zusammensetzung her ist **El Salvador** im Unterschied zu anderen Ländern wie etwa Guatemala **sehr homogen**: 90 % der Bevölkerung sind Mestizen und der Anteil der indigenen Bevölkerung beträgt nur 5 %. In den letzten Jahren war im Land insgesamt eine **positive Entwicklung im sozialen Bereich** festzustellen, was den Zugang zu sozialen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Trinkwasser usw.) betrifft. Nach der Klassifizierung des UNDP-Berichts über die menschliche Entwicklung 2001 rangierte El Salvador unter 164 Ländern an 95. Stelle und war als **Land mit mittlerer Humanentwicklung** eingestuft. So hat sich der Anteil der Bevölkerung, der in Armut lebt, in den 90er Jahren um 25 % verringert und belief sich 1999 auf 47,5 %. **Trotz dieser Fortschritte bestehen jedoch weiterhin erhebliche Probleme:**

- El Salvador zählt zu den Ländern mit den **weltweit größten Unterschieden** in der Einkommensverteilung. Die 20 % Einwohner, die zur reichsten Bevölkerungsschicht gehören, erzielen im Durchschnitt das 18fache der Einkommen der 20 % Einwohner, die zu den ärmsten Bevölkerungsschichten gehören. Mit seinem Gini-Koeffizienten für 1999 (50,8) rangiert El Salvador zwischen Nigeria und Papua-Neuguinea, aber vor Guatemala (55,8), Honduras (59,0) und Nicaragua (60,3).
- Die bei der Humanentwicklung zwischen den verschiedenen Departements des Landes und zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung bestehenden **gebietsbezogenen Unterschiede** sowie die diesbezüglichen geschlechterspezifischen Unterschiede sind mit denen vergleichbar, die zwischen den am stärksten und den am wenigsten entwickelten Ländern zu beobachten sind.
- Mit seinem **Gesundheitswesen** liegt El Salvador noch unter den Durchschnittswerten seiner Nachbarländer und Lateinamerikas (z. B. Kinder- und Müttersterblichkeit, Lebenserwartung, Atemwegsinfekte und chronische Fehl- oder Unterernährung, Immunschwächekrankheiten wie Cholera und HIV/AIDS).
- Zu den Hauptproblemen der salvadorianischen Gesellschaft zählt ferner der **hohe Bevölkerungsdruck** in dem eher armen, sehr kleinen und zudem stark gebirgigen Land.
- Bezüglich der schutzbedürftigen Gruppen (vulnerable groups) und der geschlechtsspezifischen Fragen hebt das UNDP hervor, dass insbesondere **für Kinder und Frauen immer noch keine ausreichenden Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen vorgesehen** sind, wie anhand der verschiedenen Indikatoren für die Gesamtentwicklung festgestellt wurde.
- Einer der wichtigsten Aspekte der **sozialen Problematik des Landes** dürfte die **Abwanderung** sein, die sich seit den 80er Jahren wegen der Armut, des Bürgerkriegs und der Überbevölkerung unablässig vollzieht. Den Statistiken zufolge hat das Land jährlich einen Nettoverlust von mehr als 10 000 Einwohnern zu verzeichnen. Die Regierung beziffert die Abwanderung insgesamt auf 2,5 Millionen Menschen, von denen 2 Millionen in den Vereinigten Staaten leben sollen. Nach anderen Schätzungen fallen diese Zahlen jedoch geringer aus. Bei den Auswanderern handelt es sich hauptsächlich um Männer aus städtischen Gebieten, die relativ jung sind und deren Schulbesuchsquote über dem Landesdurchschnitt liegt. Über die im Ausland lebenden Salvadorianer liegen unterschiedliche Schätzungen vor.

Verschiedenen Umfragen zufolge **hält die Bevölkerung jedoch die Kriminalität für ihr Hauptproblem**. Eine im Rahmen des umfangreichen UNDP-Berichts über die menschliche Entwicklung 2001 veröffentlichte statistische Tabelle zeigt, dass 8 % der

Todesfälle in El Salvador durch Mord verursacht wurden. Tatsächlich ist die Kriminalitätsrate El Salvadors innerhalb von Lateinamerika nur mit der von Kolumbien und vielleicht der von Guatemala vergleichbar.

3.2.3. *Außenwirtschaftliche und regionale Komponente*

Seit Anfang 1960 ist El Salvador gegenüber der zentralamerikanischen Integration positiv eingestellt und unterstützt diese. In diesem Sinne hat sich El Salvador stets ernsthaft **um eine stärkere Liberalisierung des Handels in der Region bemüht**, um die Kosten zu senken, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und den Export zu fördern. Starke Impulse erhielt die Stärkung der Institutionen durch die Einrichtung des Generalsekretariats des Zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA) im Jahr 1991, dessen Sitz sich in San Salvador befindet.

Im Rahmen des Zentralamerikanischen Zollsystems, das 1993 in Kraft trat, leitete El Salvador eine schrittweise Zollsenkung für mehrere Erzeugnisse ein. **In der Praxis besteht allerdings eine Präferenz für bilaterale Abkommen**³. El Salvador strebt die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs, die Verbesserung der Straßen- und Hafeninfrastruktur und eine Vereinfachung der Kontrollverfahren an den Grenzen an. Vor kurzem sind El Salvador und Guatemala übereingekommen, möglichst noch im Jahr 2002 eine Zollunion einzurichten, die den Zugang zu den guatemalteckischen Häfen am Karibischen Meer erleichtern würde. Außerdem ist hervorzuheben, dass sich El Salvador an der Einrichtung der **gesamtamerikanischen Freihandelszone**, auf die die USA drängen, beteiligt:

In der neuen **WTO-Verhandlungsrunde** teilt El Salvador die Auffassung der meisten Länder Zentralamerikas, die eine größere **Liberalisierung des Agrarhandels** befürworten, sowie ihr spezifisches Interesse an der Verlängerung der bestehenden Steuerregelung. Außerdem konnte El Salvador die Verlängerung der **Sonderregelung für Zollfreigebiete** zugunsten des Maquila-Sektors um eine beträchtliche Anzahl von Jahren erwirken. Ferner ist noch auf die Probleme bezüglich der Abgrenzung des salvadorianischen Hoheitsgebiets gegenüber Honduras hinzuweisen, die die politischen Beziehungen und die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern beeinträchtigen könnten, wenn sie sich weiter verschärfen sollten.

3.3. Nachhaltigkeit der derzeitigen Politiken

3.3.1. *Umweltgefährdung*

- El Salvador ist in gravierendem Ausmaß von **schrittweiser Umweltbeeinträchtigung und -zerstörung** betroffen, die sich in Entwaldung, Bodenerosion, Verlusten an biologischer Vielfalt und der Verschmutzung seiner Gewässer zeigt, die zu den am stärksten verunreinigten in ganz Lateinamerika gehören. Außerdem ist eine starke Beeinträchtigung der Luftqualität zu verzeichnen, die zu einer Zunahme der Atemwegserkrankungen geführt hat. Und schließlich ist das Sammeln und Behandeln von Festabfällen vor allem in den städtischen Ballungsgebieten nur wenig entwickelt. Durch die derzeit herrschenden Bedingungen und die rasche, unkontrollierte Urbanisierung werden die früheren Probleme noch verschärft.
- Andererseits haben die Auswirkungen der **Naturkatastrophen** der letzten Jahre, vor allem die Folgen des Wirbelsturms Mitch und der beiden Erdbeben im Jahr 2001,

³ El Salvador hat vor kurzem Freihandelsabkommen mit Mexiko, Chile, der Dominikanischen Republik, Guatemala und Honduras geschlossen. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Panama wurden im Mai 2000 wieder aufgenommen. Außerdem wird gegenwärtig über ein Freihandelsabkommen mit Kanada verhandelt.

sowie andere meteorologische Phänomene wie „El Niño“, „La Niña“ oder die Dürreperioden gezeigt, dass die Anfälligkeit des Landes auch das Ergebnis einer schädlichen Umweltbewirtschaftung ist, was ein zusätzliches Hindernis bei der Armutsbekämpfung darstellt. Ende 1998 wurde El Salvador von dem **Wirbelsturm Mitch** heimgesucht, von dem 6 % der Bevölkerung, vor allem in den Regionen an der Pazifikküste, betroffen waren. Nach Angaben der Wirtschaftskommission der VN für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) bezifferten sich die Schäden auf 5,6 % des BIP. Noch weitaus verheerender waren die **zwei Erdbeben im Jahr 2001**, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes in einschneidender Weise beeinträchtigt und um mindestens fünf Jahre zurückgeworfen haben. Nach den Schätzungen des UNDP und der Stiftung FUSADES⁴ traf diese Erdbebenkatastrophe 25 % der Bevölkerung, erhöhte den ohnehin schon beträchtlichen Wohnungsmangel im Land und führte zu großen Ernteverlusten, zur Zerstörung vieler Kleinunternehmen und zu hohen Verlusten an Arbeitsplätzen sowie schulischen Einrichtungen und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Die Stiftung FUSADES beziffert die Gesamtkosten der beiden Erdbeben auf 16 % des BIP. Der Anteil der insgesamt von Armut Betroffenen hat sich nach ihren Berechnungen von 47,3 % auf 49,7 % der Bevölkerung, der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, um 2,1 % erhöht.

- In diesem Zusammenhang ist auch die **Dürreperiode** zu nennen, die im Jahr 2001 erhebliche, auf 16 % der Jahresproduktion geschätzte Verluste im Agrarbereich verursachte, durch die 25 000 Familien drastische Einkommenseinbußen erlitten, und die in verschiedenen Regionen des Landes zu einer Hungersnot führte. Sie macht deutlich, dass strukturpolitische Maßnahmen im Bereich der Umwelt- und Agrarbewirtschaftung notwendig sind, ohne die die Auswirkungen von Naturkatastrophen in der Zukunft noch gravierender sein könnten.

3.3.2. *Geschlechtsspezifischer Aspekt und Chancengleichheit*

Gemäß der Klassifizierung im UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung 2000 rangiert El Salvador beim Geschlechtsindex weltweit an 80. Stelle von insgesamt 143 Ländern, zwischen China und Guyana, mit **besonders ungünstigen Werten bei der Lebenserwartung und beim Bildungsgrad, vor allem in den ländlichen Gebieten**. Bei Stellen im öffentlichen Sektor ist der Frauenanteil generell niedrig und wird, je verantwortungsvoller die Positionen sind, immer geringer. Aus einer kürzlich durchgeführten Umfrage geht hervor, dass der Frauenanteil auf nationaler Ebene bei 22 % liegt. Allerdings ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die **Beteiligung der Frauen auf lokaler Ebene**, vor allem in den ländlichen Gebieten, **zugenommen** hat (siehe auch die Indikatoren aus Anhang 4a).

3.3.3. *Sozioökonomische Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung*

- Die mittelfristig angestrebte Verringerung der Armut in El Salvador hängt weitgehend vom **Erfolg der kurzzeitigen Maßnahmen** zur Behebung der Auswirkungen der Naturkatastrophen der letzten Jahre ab, d. h. vom Wiederaufbau und von der Wiederherstellung der Grundvoraussetzungen für die Förderung des Entwicklungsprozesses. Sobald diese Phase bewältigt ist, kann die Regierung dann tatsächlich mit der Entwicklung der langfristigen Ziele fortfahren. Andererseits stellen der Wiederaufbau und die beträchtliche Finanzhilfe der internationalen Gemeinschaft in den nächsten Jahren⁵ eine einzigartige Chance dar, die die salvadorianische

⁴ Die renommierte Salvadorianische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (FUSADES), die 1983 mit Unterstützung von USAID gegründet wurde, gilt als Reflexionszentrum der Unternehmerschaft.

⁵ 1 400 Mio. USD, die auf der Tagung der Beratenden Gruppe in Madrid am 7.3.2001 bewilligt wurden.

Regierung zur Stärkung der Entwicklungsperspektiven des Landes nutzen könnte. Voraussetzung ist u. a., dass es gelingt, **bei zunehmenden öffentlichen Investitionen im Rahmen des Wiederaufbaus** und in den sozialen Bereichen **eine ausgewogene Steuerpolitik beizubehalten**, ohne die Verschuldung zu erhöhen und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zu gefährden.

- Was den ökonomischen Aspekt betrifft, so hat die salvadorianische Wirtschaft zwar positive gesamtwirtschaftliche Indikatoren zu verzeichnen, aber ihre **empfindliche Abhängigkeit von der Entwicklung der Wirtschaft der USA** hat sich derart verstärkt, dass eine größere Verlangsamung der amerikanischen Wirtschaft nicht nur Auswirkungen auf die Überweisungen der dort lebenden Salvadorianer an ihre Familienangehörigen in der Heimat hätte, die für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht des Landes und als Hauptgeldquelle für die soziale Absicherung durch innerfamiliäre Solidarität von entscheidender Bedeutung sind, sondern auch auf die dynamische Entwicklung der Maquila-Exporte und damit die Beschäftigung im Land sowie auf das allgemeine Wirtschaftsleben.
- Eine der Hauptschwächen der salvadorianischen Wirtschaft liegt zweifellos in dem **chronisch hohen Handelsbilanzdefizit**, das u. a. auf die ständige Zunahme der Einfuhren, insbesondere der Konsumgüterimporte und der Einfuhren für die Maquila-Aktivitäten, zurückzuführen ist sowie auf die Verschlechterung der Terms of Trade für zwei entscheidende Exportgüter, Erdöl und Kaffee – ein Trend, der sich demnächst noch verstärken kann, weil die Aussichten für diese Produkte auf den internationalen Märkten nicht günstig sind.
- Außerdem schneidet das Land zwar internationalen Berichten zufolge beim Index für die außenwirtschaftliche Öffnung im weltweiten Vergleich gut ab, dies hat sich aber nicht als ausreichende Voraussetzung erwiesen, um entsprechende **Investitionen ausländischer Anleger** ins Land zu holen, noch zu einer merklichen Verstärkung des **Wettbewerbs im Binnenmarkt** oder einer **Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit** – die sich offenbar nicht nur nicht erhöht, sondern in einigen produktiven Sektoren sogar abgenommen hat - geführt. Diese Sachverhalte unterstreichen, dass neue Strategien erforderlich sind, die ein weiteres Aufbauen auf den bereits erzielten Verbesserungen ermöglichen.
- In sozioökonomischer Hinsicht bedeutsam ist die Tatsache, dass die **Überweisungen im Ausland lebender Salvadorianer den Lebensunterhalt eines beträchtlichen Teils der heimischen Bevölkerung sichern**, insbesondere der ärmsten Bevölkerungsschichten. Andererseits könnten diese Überweisungen zu einer der stärksten Säulen der Wirtschaft werden und über die Finanzierung des lokalen Produktionsapparats eine eigenständigere Entwicklung fördern. Das Problem ist, wie **dieser Mittelzufluss** (der bislang durch erhöhte Konsumgüterimporte häufig wieder ins Ausland zurückfließt) so **kanalisiert** werden könnte, dass er **für produktive Investitionen** zur Verfügung steht. Schließlich muss betont werden, dass die das hohe Maß an **Unsicherheit** und **Kriminalität** die Attraktivität dieses Landes für Investitionen aus dem Ausland negativ beeinflussen können.
- Was die aktuelle politische Debatte betrifft, so wird der Notwendigkeit, bedeutende Veränderungen in politischer, sozioökonomischer und ökologischer Hinsicht vorzunehmen, sowohl auf der offiziellen Ebene – im Rahmen der Regierungsagenda – als auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft Rechnung getragen. Der Erfolg der derzeitigen Politiken wird aber auch von der **Fähigkeit der politischen Akteure** abhängen, **die verschiedenen Maßnahmen auf eine mittel-/langfristige, partizipative Agenda hin auszurichten**, die es ermöglicht, über die augenblicklichen

Positionen hinaus die Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig muss der **Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft verstärkt** werden, die zunehmend klare politische Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Ungleichheiten (z. B. durch eine Steuerreform), die Wiederankurbelung der Wirtschaft des Landes sowie eine stärkere Dezentralisierung des Staates fordert.

3.4. Aufgaben für die Zukunft

Der Friedensprozess in El Salvador wird international als einer der erfolgreichsten der Region anerkannt, weil das Abkommen, das dem Konflikt ein Ende gesetzt hat, in zufriedenstellender Weise eingehalten wird, was eine unerlässliche Voraussetzung für die Wiederbelebung der Armutsbekämpfung ist. Trotz der beträchtlichen Fortschritte steht das Land jedoch mittelfristig noch vor großen Problemen, die das Wachstums- und Entwicklungspotential sowie die historische Chance für eine wirtschaftliche, politische und soziale Konsolidierung gefährden könnten:

a) Aufgaben im Hinblick auf die Modernisierung des Staates und die Dezentralisierung

- Konsolidierung und Demokratisierung der staatlichen Institutionen, u. a. Stärkung des Rechtsstaates und Überwachung der Sicherheit der Bürger;
- Überwindung der Schwäche auf kommunaler Ebene aufgrund des politisch und wirtschaftlich noch zentralistisch organisierten Systems;
- verstärkte Reform des Wahlsystems und der Justiz, bei denen es sich um zwei Bereiche handelt, die für die Festigung der Demokratie von grundlegender Bedeutung sind.

b) Sozioökonomische Aufgaben

- Bekämpfung der verschiedenartigen sozialen Ungleichheiten unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit;
- verstärkte Investitionen und verbesserter Zugang zu den grundlegenden sozialen Dienstleistungen;
- Förderung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung und Ermittlung tragfähiger mittel- und langfristiger Alternativen für die nachwachsenden Generationen, da das hohe Bevölkerungswachstum eine enorme Belastung für das verfügbare Land, die Umwelt, die sozialen Einrichtungen und vor allem für den Arbeitsmarkt darstellt;
- Stärkung des Steuersystems;
- Schaffung günstigerer Bedingungen für Investitionen (ausländischer und inländischer Anleger);
- Verringerung der Anfälligkeit der Wirtschaft für äußere Störfaktoren im Zusammenhang mit den Überweisungen im Ausland lebender Salvadorianer oder der Verlagerung von Maquila-Aktivitäten in andere Länder aufgrund makroökonomischer Veränderungen;
- Einbindung in die Weltwirtschaft, um von der Ausweitung des Welthandels und der Globalisierung profitieren zu können, und im Zusammenhang damit Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine vorteilhafte Beteiligung El Salvadors an den Freihandelsabkommen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, muss El Salvador seinen Exportsektor durch Förderung von Produkten mit höherem Wertschöpfungsanteil verbessern, die Produktivität steigern, auf Technologien und Innovationen setzen u. a. m.

c) Ökologische Aufgaben und Risiken

- Wiederaufbau und Verringerung der Umweltgefährdung durch Naturkatastrophen;
- Umweltzerstörung, die durch die Vernichtung der Entwicklungsgrundlagen den produktiven Bereich des Landes ernsthaft gefährdet.

Hinsichtlich der Außenbeziehungen stellt die Einbeziehung des Landes in die Stärkung der zentralamerikanischen Integration - ein Prozess, der auf mehrere sozioökonomische Probleme des gesamten Landes und der Region eine Antwort bieten dürfte - eine Herausforderung dar.

•

4. INTERNATIONALE HILFE FÜR EL SALVADOR

4.1. Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit El Salvador

Im Zeitraum 1999-2001 beliefen sich die Verpflichtungsermächtigungen für El Salvador auf 55 Mio. Euro. Die **bisherige Zusammenarbeit** mit El Salvador wurde in direkter Verbindung mit den anderen Ländern der Region durchgeführt, für die die EG am Ende des durch den San-José-Dialog 1984 in Gang gesetzten Friedensprozesses eine Reihe gemeinsamer Instrumente (Abkommen über regionale Zusammenarbeit, Programme usw.) geschaffen hat:

- Bis zu der **Phase, die nach Beendigung des bewaffneten Konflikts** Anfang der 90er Jahre begann, war die Zusammenarbeit mit El Salvador unmittelbar auf die Lage im Land abgestellt und erfolgte durch Sofortmaßnahmen (Nahrungsmittel- oder Soforthilfe, Unterstützung für Vertriebene und Flüchtlinge). Danach wurde sie auf andere Bereiche ausgedehnt, z. B. den Schutz der Menschenrechte, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Soldaten. Trotz einer verhältnismäßig großen Zahl von Haushaltslinien und „Kleinprojekten“ konzentrierte sich die Gemeinschaftshilfe größtenteils auf umfangreichere, „traditionelle“ Kooperationsprogramme, vor allem die **ländliche Entwicklung** in den ärmsten Gebieten des Landes.
- **Ab 1998** wurden die Maßnahmen der „Nachkriegsphase“, die eine „projektbezogene“ Form der Hilfe rechtfertigte, schrittweise durch „**sektorbezogene**“ Hilfe auf der Grundlage einer **Strategie** und einer im Jahr 2001 unterzeichneten **Vereinbarung (MoU)** ersetzt, in der in Zusammenarbeit mit der salvadorianischen Regierung eine kleinere Anzahl von Aktionsschwerpunkten festgelegt wurde. Innerhalb dieses Gesamtrahmens sorgte dann ein „Rahmenabkommen“ zwischen der Kommission und El Salvador - mit einer Reihe klarer Vertrags- und Finanzbestimmungen für die Umsetzung der Maßnahmen, der Schaffung der Funktion des nationalen Koordinators und mehr Verantwortung für die salvadorianischen Behörden in der Durchführungsphase - für eine Vereinfachung und Umstrukturierung der Vorschriften für die Durchführung der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
- Außerdem wurde El Salvador an der **Gemeinschaftshilfe auf regionaler Ebene** sowie den Maßnahmen und Programmen für alle Länder Lateinamerikas (z. B. an **dezentralen Kooperationsprogrammen** wie AI-Invest für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ALFA für Zusammenarbeit im Bereich Hochschulbildung, @LIS für Zusammenarbeit im Bereich Informationsgesellschaft usw.) beteiligt.
- Über ihr **Amt für humanitäre Hilfe (ECHO)** leistete die Kommission wiederholt **Soforthilfe für die Opfer von Naturkatastrophen**, zuletzt für die Opfer der Erdbeben im Januar und Februar 2001. Außerdem finanzierte ECHO ab 1998 Katastrophenschutzprojekte, durch die die Gefährdung der lokalen Bevölkerung durch Naturkatastrophen verringert werden soll. Auf diese Maßnahmen folgten **Wiederaufbauprogramme**. Hierbei ist hervorzuheben, dass die Kommission auf diese Notstandssituation nicht mit einer Umschichtung der bereits bestehenden Programme reagiert hat, sondern mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel über die

„normale“ jährliche Programmierung hinaus, vor allem im Rahmen des Regionalen Wiederaufbauprogramms für Zentralamerika (PRRAC)⁶. (Siehe Anhang11). dieses Programm mit Mitteln in Höhe von 250 Mio. € konzentriert sich auf die lokalen Maßnahmen. Derzeit fungiert es weniger als Regionalprogramm, sondern eher als Programm zur Finanzierung nationaler Programme in der Region, da sich die finanzierten Wiederaufbauaktionen auf das jeweilige Land beziehen.

Bislang wurde noch keine **systematische Evaluierung** der Gemeinschaftshilfe für El Salvador durchgeführt. Zur Analyse der bisherigen Zusammenarbeit müssen **alternative Quellen** (Tätigkeitsberichte der Programme, bereichsbezogene Evaluierungen auf regionaler Ebene - Gesundheitswesen, Unterstützung von Kleinunternehmen und Kredite -, die Vereinbarung (MoU) von 2001) herangezogen werden. Außerdem bieten die Evaluierungsberichte über die Hilfe für andere Länder der Region eine Reihe von Empfehlungen, die auch auf El Salvador anwendbar sind:

- Umwandlung des projektbezogenen Ansatzes in einen **programmbezogenen Ansatz** und Einbeziehung eines Langzeitkonzepts.
- Festlegung eines **Langzeitkonzepts** für die Zusammenarbeit und Einbeziehung der vorgesehenen Maßnahmen in die nationalen Politiken.
- Ausarbeitung **sektorbezogener Rahmendokumente**.
- Eingehende Beschäftigung mit den **gemeinsamen Leitlinien für die verschiedenen zur Verfügung stehenden Haushaltslinien** mit dem Ziel, für mehr Kohärenz und Synergie zwischen den verschiedenen Maßnahmen zu sorgen und eine **Aufsplitterung der Hilfe zu vermeiden**.
- Einbeziehung des **geschlechtsspezifischen Aspekts und der sozialen Beteiligung** als Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsfaktoren.
- Unterstützung der Prozesse zur **Stärkung der Institutionen** durch Schaffung von Mechanismen zur Erschließung der neuen Mittel und Methoden, die die Programme bieten.
- Schrittweises Hinwirken auf die angestrebte Dezentralisierung durch zunehmende Beteiligung der Delegationen an der Abwicklung des Projektzyklus und ihre Ausstattung mit entsprechenden Mitteln.
- **Unterstützung der regionalen Maßnahmen**, da sie die regionalen Integrationsprozesse fördern und die EU der Geber mit der größten Erfahrung im Bereich derartiger Programmen ist.
- Die **Koordinierung mit den Mitgliedstaaten der EU** sowie den anderen Gebern ist wesentlich für eine maximale Verstärkung der Kooperationsbemühungen.
- Außerdem sollte die **salvadorianische Regierung**, wie schon in der Vereinbarung (MoU) vorgesehen, i) bei den Projekten eine dynamischere Rolle spielen und einen **substantiellen Beitrag** zum nationalen Finanzierungsanteil der Projekte leisten und ii) ihrer Verpflichtung nachkommen, einen wirksamen **Mechanismus zur Koordinierung** der Programme zu schaffen, die die verschiedenen Geber in verschiedenen Sachbereichen und in verschiedenen Gebieten finanzieren.
- Die Kommission sollte ferner einen **engeren politischen Dialog** mit der salvadorianischen Regierung im EU-Rahmen einleiten. In diesem Zusammenhang sollte eine stärkere Verknüpfung zwischen der Höhe der EG-Hilfen einerseits und der Beteiligung der EG an der **Abstimmung von Politiken, die eine größere Effizienz und Wirkung der sektorbezogenen Interventionen fördern**, andererseits hergestellt werden.

⁶ 28,5 Mio. Euro für die PRRAC-Hilfe nach dem Wirbelsturm Mitch, hauptsächlich für Wasserversorgung und -sanierung, Bildung und Umwelt. Der zur Behebung der Erdbebenschäden geleistete Finanzbeitrag einschließlich Soforthilfe und Wiederaufbauprogramme beläuft sich auf 50 Mio. Euro.

4.2. Programme der EU-Mitgliedstaaten und der anderen Geber

4.2.1. Wichtigste bilaterale Hilfen der EU-Mitgliedstaaten

El Salvador erhält praktisch von allen EU-Ländern Hilfe. Nach Angaben der OECD stellten die **EU und ihre Mitgliedstaaten** im Zeitraum 1995-1999 insgesamt 486 Mio. USD zur Verfügung, was **nahezu 40 % der Gesamthilfe** entsprach, und lösten schließlich sogar die USA als wichtigsten Geber öffentlicher Entwicklungshilfe ab, vor allem ab 1998. Besonders hohe Beiträge leisteten **Deutschland** (11,2 % des Gesamtbetrags der öffentlichen Entwicklungshilfe im Zeitraum 1995-1999), **Spanien** (4,9 %), die **Niederlande** (2,8 %) und **Schweden** (2,1 %). Was die Bereiche künftiger Zusammenarbeit betrifft, so konzentriert sich die Hilfe der EU-Mitgliedstaaten in erster Linie auf **Dezentralisierung und lokale Entwicklung, Umweltschutz, wirtschaftliche Entwicklung** und Beschäftigung, **Humanressourcen**, u. a. Berufsausbildung, die **Unterstützung grundlegender sozialer Dienstleistungen** (Wohnraumversorgung, Trinkwasser, Gesundheit) und die Unterstützung der **Demokratisierung und Modernisierung** des Staates (siehe Anhang 8).

4.2.2. Andere Geber

Nach Angaben der OECD belief sich die gesamte – sowohl bilaterale als auch multilaterale – öffentliche Entwicklungshilfe für El Salvador im Zeitraum 1995-1999 auf rund 1 360 Mio. USD (1,5-2 % des BIP) und erfuhr von Jahr zu Jahr eine **schrittweise Verringerung** (von 320 Mio. USD im Jahr 1995 bis hin zu 210 Mio. USD im Jahr 1999), die zum Teil durch die erfolgreiche Entwicklung nach den Friedensabkommen von 1992 bedingt war. Dank der Hilfen, die die internationale Gemeinschaft El Salvador aufgrund der Erdbeben im Jahr 2001 noch gewähren wird, **dürfte sich dieser Trend** in den nächsten Jahren **zum Teil wieder umkehren**.

Ebenfalls OECD-Angaben zufolge waren die wichtigsten bilateralen Geber El Salvadors im Zeitraum 1995-1999 die USA (28,3 %) und Japan (20,6 %). Die Kommission ist der wichtigste multilaterale Geber mit 7,8 % der Gesamthilfe im Zeitraum 1995-1999, gefolgt von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) mit 7,7 % und dem Welternährungsprogramm (WFP) mit 1,5 %. Was die verschiedenen Gebiete der Zusammenarbeit angeht, so konzentrierte sich die Hilfe für El Salvador 1999 zum größten Teil auf die Bereiche Wohnraumversorgung und soziale Infrastruktur (27 %), Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft (13,4 %) und in geringerem Umfang auf andere Schlüsselbereiche wie Wasserwirtschaft (10,3 %), Bildung (7,5 %), Gesundheit (6,2 %) und Umwelt (6,3 %). Bemerkenswert ist, dass die Hilfe für produktive Dienstleistungen (Finanzsektor, Energie, Verkehr usw.) und für den Handel nur 3,6 % der Gesamthilfe ausmachte.

Die wichtigsten **derzeitigen und künftigen Interventionsbereiche** der Hauptgeber – mit rückzahlbaren oder nicht rückzahlbaren Hilfen – sind folgende:

- **USAID:** Die Strategie 1997-2002 umfasst folgende Bereiche: Unterstützung der Konsolidierung des Rechtsstaates, Wirtschaftsentwicklung, Gesundheit, Bildung, Umwelt, lokale Entwicklung.
- **Japan:** Hilfe für den Wiederaufbau und die integrierte Entwicklung der ländlichen Gebiete.
- **Weltbank:** Ausrüstungen für Nothilfe und Basisgesundheitsdienst, Justizreform, Entwicklung ländlicher Gemeinschaften, ökologische Dienstleistungen und Landverwaltung. Außerdem sieht die Weltbank eventuelle Unterstützung für Bildung, lokale Entwicklung, Armutsbekämpfung in den Städten und Hilfe für gefährdete Jugendliche vor. Die Darlehen und die technische Hilfe der Weltbank werden durch Unterstützung von Seiten der IFC ergänzt, mit der der salvadorianischen Industrie

geholten werden soll, Zugang zu Finanzmitteln für die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

- **Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB):** Modernisierung des Staates und Good Governance, Unterstützung der Wiederankurbelung der Wirtschaft; Armutsbekämpfung und Verbesserung des Humankapitals; Kreditvermittlung; unentgeltliche technische Hilfe (KMU, Bildung, Gesundheit, Wohnraumversorgung, geschlechtsspezifische Maßnahmen und Naturkatastrophen); Wiederaufbau; lokale Entwicklung. Die salvadorianische Regierung verhandelt gegenwärtig mit der IDB über eine Reihe von Darlehen im Gesamtwert von 500 Mio. USD für den Agrarsektor, die lokale Entwicklung und den Wiederaufbau des Hafens von Cutuco.
- Darüber hinaus sind weitere VN-Organisationen - PAHO, WHO, FAO, UNICEF und WFP – in El Salvador tätig, die im Jahr 2000 Hilfe in einer Gesamthöhe von etwa 7 Mio. USD leisteten.

5. DIE ANTWORT DER ZUSAMMENARBEIT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

5.1. Grundsätze und Ziele der Zusammenarbeit der Gemeinschaft

El Salvador steht vor der entscheidenden Aufgabe, ein langfristiges Entwicklungsmodell zu definieren und umzusetzen, das die Festigung von Demokratie und Good Governance mit einschließt und ein auf stärkere soziale Eingliederung ausgerichtetes, gerechteres und nachhaltigeres sozioökonomisches Wachstum bieten kann, das eine stärkere regionale und internationale Integration fördert. Aus den vorhergehenden Abschnitten geht deutlich hervor, dass zwischen der derzeitigen Agenda El Salvadors und den Zielen der Zusammenarbeit der Gemeinschaft sowie den Erfahrungen der Kommission Übereinstimmung besteht. In Anbetracht dieser Tatsache und der derzeitigen Lage des Landes sowie der Strategien der anderen Geber sind im Rahmen der Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit El Salvador folgende Schwerpunktbereiche vorrangig zu fördern:

- Unterstützung der Demokratisierung und Modernisierung des Staates, Verstärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft;
- Unterstützung einer integrierten und nachhaltigen lokalen Entwicklung;
- Unterstützung eines gerechten Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums.

Wie bereits unter Punkt 4.1 gesagt müsste die EG hierzu ergänzend auch den **politischen Dialog verstärken und** sich stärker mit der Regierung bei der Festlegung der **öffentlichen Politiken beraten**, um die Nachhaltigkeit der einzelnen Maßnahmen zu verbessern. Hierzu gehört unter anderem die Betonung der Sozial- und Verteilungspolitik, mit besonderem Schwerpunkt auf der Erhöhung des Prozentsatzes der Sozialkosten im Staatshaushalt, die Aufnahme des "pro-poor growth"-Konzepts, auf der Stärkung des Steuerwesens (System zur Steuerbeitreibung und steuerliche Grundlage). Dieser Dialog müsste im Rahmen der EU aufgenommen werden und im Rahmen des Möglichen in Absprache mit den wichtigsten Gebern.

5.2. Schwerpunktbereiche

5.2.1. Demokratisierung, Modernisierung des Staates, Sicherheit der Bürger, Verstärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft

Dieser Kooperationsschwerpunkt soll dazu dienen, die in Abschnitt 3.4 (*Aufgaben im Hinblick auf die Modernisierung des Staates und die Dezentralisierung*) genannten Herausforderungen zu meistern, vor allem durch Unterstützung des derzeit laufenden Dezentralisierungsprozesses sowie einen Beitrag zur Überwachung und Stärkung der

öffentlichen Sicherheit durch konzentrierten Einsatz der vorgesehenen Haushaltsmittel für den erstgenannten Bereich. Im Einzelnen geht es darum, Maßnahmen auf zentraler Ebene durchzuführen, die darauf abzielen, den **rechtlichen und administrativen Rahmen der Dezentralisierung zu verbessern und eine Reihe von Pilotversuchen zum Aufbau von Kapazitäten und zur Verbesserung der kommunalen Dienstleistungen** (Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Umweltbewirtschaftung usw.) festzulegen, die später durchgeführt werden (Schwerpunktbereich Lokale Entwicklung). Insbesondere sollen der Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und die Beteiligung der lokalen Unternehmen und einschlägigen NRO gefördert werden, um das Dienstleistungsangebot zu erweitern und zu verbessern. Dagegen besteht die Auffassung, dass die in der Vereinbarung (MoU) vorgesehene Unterstützungsaktion für das Wahlsystem nicht rechtzeitig zu den für 2003 angesetzten Wahlen festgelegt und durchgeführt werden kann und sich im Rahmen dieser Strategie nicht aufrechterhalten lässt. In Zukunft wird die EG den politischen Dialog hinsichtlich der Reform des Wahlsystems stärken können. Mit der Aktion im Bereich Sicherheit der Bürger soll ein Beitrag zur **Prävention von Jugendkriminalität** und zur Wiedereingliederung gefährdeter Jugendlicher geleistet werden.

5.2.2. Unterstützung einer integrierten und nachhaltigen lokalen Entwicklung

Die sozioökonomische Marginalisierung und die in El Salvador bestehenden Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Gebieten zählen zu den größten Hindernissen für die angestrebte Nachhaltigkeit der Entwicklung. Diese Ungleichgewichte verstärken die Armut, indem sie, bedingt durch einen dynamischen Prozess der räumlichen Konzentration von Menschen, Wirtschaftstätigkeit und politischen Entscheidungen, ihrerseits einen Prozess der Ausgrenzung und kulturellen Entwurzelung auf lokaler Ebene in Gang setzen. Ziel dieses Schwerpunktbereichs ist es daher, **mit einem raumordnungsorientierten Ansatz Investitionen in soziale und produktive Infrastruktur sowie eine integrierte, ausgewogene und umweltschonende Entwicklung zu fördern**, die dazu beiträgt, die Armut erzeugenden Bedingungen auf lokaler Ebene zu überwinden. Bei einer Konzentration der Zusammenarbeit auf diesen Bereich könnte auch die reiche Erfahrung genutzt werden, die die Kommission sowohl in den verschiedenen Sektoren (Bildung, Gesundheit, integrierte Entwicklung des ländlichen Raums, Umwelt usw.) als auch in geografischer Hinsicht, auch im Sinne der Kenntnis der lokalen Partner (Regierung, NRO, Zivilgesellschaft usw.), gesammelt hat. In diesen strategischen Schwerpunktbereich fallen auch die bereits laufenden Maßnahmen in den genannten Bereichen (PRRAC, Zweiländerprogramm Honduras-El Salvador usw.). Bei den neuen Aktionen muss für Koordinierung und Komplementarität mit diesen Maßnahmen gesorgt werden.

5.2.3. Gerechtes Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum

Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ist ein wesentlicher Faktor im Bemühen um Förderung eines wirklich partizipativen und auf soziale Eingliederung ausgerichteten Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsmodells für ganz El Salvador. Der produktive Sektor ist der einzige Bereich, der der wachsenden Bevölkerung des Landes die benötigten Arbeitsplätze, Erzeugnisse und Dienstleistungen liefern, eine Alternative zu den begrenzten Möglichkeiten des Agrarsektors schaffen und eine Diversifizierung der traditionellen und der nicht traditionellen Exportgüter ermöglichen kann. Mit diesem Schwerpunktbereich wird daher ein zweifaches Ziel verfolgt:

- Zum einen gilt es, die **Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der salvadorianischen Privatunternehmen zu fördern**, vor allem im Bereich der Klein- und Kleinstunternehmen auf lokaler Ebene.

- Zum anderen gilt es, die **Position El Salvadors auf den internationalen Märkten** (EU und Zentralamerika) **zu stärken** und für eine **vorteilhafte Beteiligung des Landes am multilateralen Handelssystem** und an der Weltwirtschaft im Hinblick auf die auf der WTO-Konferenz in Doha (2001) beschlossene Entwicklungsagenda zu sorgen. Außerdem sollten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Privatsektoren beider Seiten verstärkt und gefördert werden.

5.3. Bereiche außerhalb der festgelegten Schwerpunktbereiche

a) Umwelt und Verringerung der Umweltgefährdung

Aufgrund der Ergebnisse der derzeit laufenden Gemeinschaftsprogramme im Umweltbereich und gemäß den Zielsetzungen der Vereinbarung (MoU) kommt eine Ergänzung dieser Maßnahmen in folgenden Bereichen in Betracht:

- Mitwirkung bei der Festlegung und Einrichtung eines Systems zur integrierten Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete, dem die Aufgabe zugewiesen wird, die biologische Vielfalt des Wassersystems, der Böden und der Wälder zu bewahren;
- Förderung der Trinkwasserversorgung, der Grundsanierung und der Sammlung, Behandlung und Aufbereitung von Festabfällen für die arme Bevölkerung in ländlichen wie in städtischen Gebieten.

Gegebenenfalls müsste diese in Betracht kommende Aktion dann noch mit dem durch die anderen Komponenten dieser Strategie geförderten Ansatz der „lokalen Entwicklung“ (räumliche Erfassung und Entwicklungsplan) und mit der grundlegenden Politik der salvadorianischen Regierung, die sich gegenwärtig auf eine an den Einzugsgebieten und Kleinstinzugsgebieten orientierte Raumordnung und -entwicklung konzentriert, abgestimmt werden.

b) Integrationsprozess in Zentralamerika

Diese Zielsetzung ist in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein Schlüsselement für die Zukunft El Salvadors. Deshalb sollten die künftigen Maßnahmen der Kommission diesem Umstand Rechnung tragen und die Regionalintegration erleichtern. Nach einer der künftigen Leitlinien für die Zusammenarbeit mit El Salvador und den anderen Ländern Zentralamerikas ist die Regionalintegration als Querschnittsthema zu behandeln, das als wichtige Komponente mit einzubeziehen ist. In dieser Region wurden drei Interventionsbereiche als prioritär eingestuft:

- Unterstützung der wirtschaftlichen Integration und der Durchführung gemeinsamer Politiken;
- Konsolidierung des institutionellen Charakters Zentralamerikas und seiner Funktionsweise;
- Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft im Integrationsprozess.

Diese Maßnahmen müssen mit dem Regionalstrategiepapier für Zentralamerika in Einklang stehen und werden die nationalen Prioritäten der regionalen Initiativen darstellen.

5.4. Operationelle Kriterien

Die Kommission wird sich in allen Phasen der Festlegung, Ausarbeitung und Durchführung von Programmen von einer Reihe operationeller Kriterien leiten lassen:

- Ein **Schwerpunkt ist die gute Qualität der Programmfestlegung und -ausarbeitung**, mit besserer Koordinierung mit den Mitgliedstaaten und anderen Gebern (wenn möglich, gemeinsame Missionen, gemeinsame Programme,

Zusammenarbeit mit anderen Gebern bei der sektorspezifischen Bewertung und der Ausarbeitung neuer Programme) und unter stärkerer Beteiligung der Delegation in Managua dank des Dekonzentrationsprozesses, der ab 2002 auf sie Anwendung findet.

- Ein weiterer Schwerpunkt sind **sektorspezifische Programme** statt Einzelprojekten und die Ausarbeitung des strategischen Orientierungsrahmens, wenn möglich, auf der Grundlage von Sektorstudien, die den zusätzlichen Nutzen der EG-Hilfe aufzeigen. Es ist generell zur Bedingung zu machen, dass diese Programme parallel dazu durch angemessene nationale Sektorpolitiken unterstützt werden, um für möglichst viele nachhaltige Maßnahmen zu sorgen.
- Wenn nötig und vom Betrag der EG-Hilfe her gerechtfertigt, Bemühen um eine **Kofinanzierung**, gegebenenfalls durch Budgethilfe und/oder durch gemeinsame Finanzierungsmechanismen mit anderen Gebern.

5.5. Andere Haushaltslinien und Mittel

Dieser Abschnitt betrifft eine ganze Reihe von Maßnahmen in Ergänzung zu den strategischen Zielsetzungen des vorliegenden Papiers, die sich auch auf im Rahmen anderer Haushaltslinien in Angriff genommene Aktionen beziehen:

- Maßnahmen zum Schutz und zur Bewirtschaftung der Umwelt
- Maßnahmen betreffend HIV/AIDS
- Maßnahmen zur Konfliktverhütung
- Maßnahmen betreffend Antipersonenminen
- Maßnahmen im Rahmen des FuE-Rahmenprogramms
- Nahrungsmittelhilfe und Ernährungssicherung
- Justiz und Inneres
- Drogenbekämpfung
- ECHO, humanitäre Soforthilfe, Verhütung von Naturkatastrophen und Katastrophenschutz
- Menschenrechte und Demokratisierung
- Dezentrale Zusammenarbeit

Die erwähnten Haushaltslinien entsprechen spezifischen Zielen mit unterschiedlichen Programmierungsmodalitäten. Bei der Festsetzung der Schwerpunkte der einzelnen Haushaltslinien sollte den in diesem Papier festgelegten strategischen Leitlinien Rechnung getragen werden, um sie zu verstärken. Im Fall von El Salvador kann für die angestrebte Kohärenz der Maßnahmen auch eine im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Dezentralisierung und integrierte Entwicklung auf lokaler Ebene“ festgelegte Liste „geografischer Schwerpunkte“ (Gebiete oder Regionen) hilfreich sein. Außerdem käme in Betracht, den Inhalt der verschiedenen Programme/Projekte auf folgendem Wege abzustimmen: eventuell gemeinsame Missionen; in den verschiedenen Phasen vorherige Koordinierung zwischen den zuständigen Kommissionsdienststellen (in der Zentrale und vor Ort).

5.6. Kohärenz mit den EU-Politiken (Policy Mix)

Die wichtigsten Politiken der EG, die in den Beziehungen zu El Salvador, auch den Beziehungen auf regionaler Ebene, zum Tragen kommen, sind folgende: Handel und Entwicklung; Gemeinsame Agrarpolitik (GAP); Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Kontrolle - Verbraucherschutz; Binnenmarkt; Wettbewerbspolitik; Forschung und Entwicklung; Umweltpolitik; Konfliktverhütung; Justiz und Inneres; Informationsgesellschaft. Generell ist festzustellen, dass die vorliegende Strategie mit den genannten EG-Politiken in Einklang steht. Allerdings ist nachdrücklich auf einige Fragen hinzuweisen, die bestimmte Implementierungsaspekte betreffen:

- Die APS-Komponente Drogenbekämpfung, deren begrenzte Dauer langfristige Investitionen in den betreffenden Bereichen verhindert.
- Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Kontrollen.
- Die Überweisungen im Ausland lebender Salvadorianer sind für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht unerlässlich. Sollte die EU in der Zukunft zu einem Zielgebiet für salvadorianische Auswanderer werden, könnte die Zuwanderungspolitik der EU Probleme bereiten.

Eine Darstellung der wichtigsten Schlussfolgerungen zu diesem Thema sowie anderer Gemeinschaftspolitiken findet sich in Anhang 9.

5.7. Komplementarität unter den EU-Mitgliedstaaten und mit den anderen Gebern und internationalen Organisationen

Verschiedene Sachverhalte lassen darauf schließen, dass die Koordinierung/Komplementarität unter den Gebern in der künftigen Zusammenarbeit mit El Salvador ein entscheidender Faktor sein wird: die Konvergenz der verfolgten Strategien (besonders im Schwerpunktbereich „**Lokale Entwicklung**“, aber auch bei der **Unterstützung des Privatsektors**), das Bestehen von Kooperationsbereichen mit starker internationaler Präsenz (vor allem die Wiederaufbauprogramme nach dem Wirbelsturm Mitch und nach den Erdbeben) und die geringe Größe des Landes. Folglich ist eine **engere Koordinierung** zwischen den EU-Ländern (z. B. **GTZ, AECI**), den internationalen Gebern (**vor allem IDB und UNDP**) und der Kommission erforderlich, vor allem durch stärkere Einbeziehung und Kontakte auf lokaler Ebene ab der Programmfestlegungsphase. Das Mandat für die Missionen zur Festlegung der Gemeinschaftsprogramme sollte daher auch die Koordinierung mit den verschiedenen Gebern vor Ort umfassen. Außerdem sollte eine stärkere **Präsenz der Kommission in den in El Salvador bestehenden Koordinierungsmechanismen** vorgesehen werden, z. B. im Netz kooperierender Einrichtungen für lokale Entwicklung (RECODEL), dem u. a. die GTZ, USAID, die IDB und das UNDP angehören. Darüber hinaus sollten sich die Kommission und El Salvador mehr auf den nationalen Koordinator für die Zusammenarbeit stützen, dessen Funktion durch das Rahmenabkommen zwischen den beiden Vertragsparteien geschaffen wurde. Die Eröffnung eines Technischen Büros der Kommission in San Salvador wird es ermöglichen, die verschiedenen Aktivitäten aus größerer Nähe zu verfolgen und eine engere Koordinierung mit den anderen Gebern vorzunehmen.

6. MEHRJÄHRIGES RICHTPROGRAMM

Diese Strategie wird jährlich einem Anpassungsprozess unterzogen, der sich auf die sektorbezogenen Indikatoren und gegebenenfalls auch auf das Richtprogramm und die Mittelausstattung erstreckt. Er erfolgt nach den geltenden Verfahren auf der Basis entsprechender Konsultationen mit den Mitgliedstaaten sowie den zuständigen salvadorianischen Behörden und der Zivilgesellschaft.

6.1. Finanzierungsinstrumente

Die wichtigsten Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft zur Umsetzung dieser Strategie sind folgende Haushaltslinien:

- Finanzielle und technische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Zusammenarbeit, für die die Vereinbarung (MoU) im Zeitraum 2000-2006 eine Mittelausstattung von insgesamt 60 Mio. Euro vorsieht;
- andere Haushaltslinien für spezifische Bereiche, z. B. dezentrale Zusammenarbeit, Umwelt, Nahrungsmittelhilfe usw.

Die Durchführung der bereits laufenden Programme (PRRAC, Zweiländerprogramm Honduras-El Salvador usw.) wird ebenfalls zur Umsetzung der in diesem Strategiepapier festgelegten Kooperationsziele beitragen.

6.2. Kooperationsschwerpunkte

6.2.1. Konsolidierung und Modernisierung des Staates, Good Governance

Ziel 1: Stärkung des Prozesses der Dezentralisierung und der Herbeiführung der Autonomie der lokalen Gebietskörperschaften mit dem Ziel, die Effizienz der Investitionen und öffentlichen Dienstleistungen zu erhöhen, sowie der Beteiligung der Bürger und der Zivilgesellschaft.

Aktionsbereiche auf zentraler Ebene

- Ausrichtung und **Stärkung des nationalen rechtlichen und administrativen Rahmens** für die lokale Autonomie (z. B. Festlegung der Zuständigkeiten und Dienste auf lokaler Ebene, Verfahren usw.) sowie **Planung der sektorbezogenen Politiken** im Zusammenhang mit der Dezentralisierung und der lokalen Entwicklung (Gesundheit, Bildung, Umwelt usw.). Dies müsste die Unterstützung bei der Festlegung/Stärkung von Verteilungsmechanismen für die Finanzmittel oder die Schaffung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene umfassen.
- **Stärkung der „Instrumente“** zur Planung und Durchführung der staatlichen Politiken **im Zusammenhang mit der Dezentralisierung** (Integrierung der verschiedenen Strategie- und Planungsinstrumente, z. B. Plan de Nación, Raumordnungsplan, Strategie für lokale Entwicklung des Fonds für Sozialinvestitionen zur lokalen Entwicklung (FISDL) usw.; Stärkung des nationalen Statistiksystems, vor allem in Bezug auf die Human- und Raumentwicklung; technische Hilfe für die Volkszählung).

Aktionsbereiche auf lokaler Ebene

- Festlegung von **Pilotprogrammen zur institutionellen Stärkung der lokalen Akteure**/der Akteure der regionalen Ebene sowie der Einrichtungen/Akteure, die für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen auf lokaler Ebene zuständig sein werden (Schwerpunkte: Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Schutz benachteiligter Bevölkerungsgruppen, Sicherheit der Bürger).
- **Festlegung des Beteiligungsmechanismus** für die Organisationen und die verschiedenen Bereiche der Zivilgesellschaft auf Departementebene und auf lokaler Ebene.
- Erleichterung des **Erfahrungsaustauschs** und der Einrichtung von Informationsnetzen zwischen den Kommunen.

Die verstärkte Beteiligung der Frauen an der Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene stellt in diesem Zusammenhang ebenfalls ein konkretes Ziel dar. Die Ergebnisse, die mit den Maßnahmen im Rahmen dieses Kooperationsschwerpunkts erzielt werden, werden durch Investitions- und Ausbildungsmaßnahmen ergänzt, die im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Lokale Entwicklung“ auf lokaler Ebene vorgesehen sind.

Konditionalität und sonstige Bestimmungen

Die Ziele dieser Strategie können nur verwirklicht werden, wenn die salvadorianische Regierung eine **Dezentralisierungspolitik** auf der Grundlage der derzeit geltenden Rechtsvorschriften verfolgt. Das heißt, es ist erforderlich, die Koordinierung zwischen der zentralen und der regionalen/kommunalen Ebene zu verbessern, die Institutionen, die für die Dezentralisierung zuständig sind, zu stärken und die Verlagerung von

Befugnissen auf die kommunale Ebene zu unterstützen. Die Maßnahmen der EG werden sich insbesondere auf die Notwendigkeit konzentrieren, die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft zu stärken und ihre Beteiligung an den verschiedenen vorgeschlagenen Initiativen zu intensivieren, dies gilt ebenfalls für die Festlegung des "politischen Rahmens". Andererseits müssen die Kommunen auch engagiert für die Bereitstellung hochwertiger kommunaler Dienstleistungen sorgen und zu diesem Zweck mit lokalen Vertretern der Zivilgesellschaft und Privatunternehmen zusammenarbeiten. Ein weiterer entscheidender Faktor wird die Zuweisung ausreichender Haushaltsmittel sein.

Indikatoren: Bei der Vorbereitung der Programme im Rahmen dieses Aktionsbereichs werden geeignete Indikatoren ermittelt, beispielsweise der den Kommunen zugewiesene Anteil des Staatshaushalts, institutionalisierte Mechanismen für eine offene Beteiligung der Bürger an gemeinsamen Entscheidungsprozessen usw.

Ziel 2: Beitrag zur Beseitigung der Folgen des bewaffneten Konflikts, die zu erhöhter Kriminalität und Unsicherheit im öffentlichen Bereich führen.

Aktionsbereiche

Das Gesamtziel dieser Aktion besteht darin, in den städtischen Gebieten, wo sich der größte Teil der Bevölkerung befindet, durch Verringerung der Zahl jugendlicher Straftäter um 50 % die Jugendkriminalität zu senken und die Sicherheit der Bürger zu verbessern. Das spezifische Ziel besteht darin, die Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Gemeinden und Institutionen quantitativ und qualitativ zu verbessern und dadurch die persönliche Entfaltung und soziale Eingliederung von 50 000 gefährdeten Jugendlichen zwischen 10 und 25 Jahren im Großraum der Hauptstadt San Salvador zu ermöglichen. Im Dezember 2001 billigte der ALA-Ausschuss ein Programm zur Prävention und zum Abbau der Jugendkriminalität mit einer Reihe von Indikatoren sowie Vorschriften für die Umsetzung dieser Initiative.

6.2.2. Integrierte und nachhaltige lokale Entwicklung

Ziel: Förderung einer integrierten und nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Land, vor allem in den ärmsten Gebieten, durch Verstärkung des Angebots sozialer Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Aktivitäten auf lokaler Ebene.

Maßnahmen: Für diesen Schwerpunktbereich ist Folgendes vorgesehen:

- Festlegung und Unterstützung von **Investitionsprogrammen für soziale Infrastruktur und soziale Dienstleistungen und für Wirtschaftsinfrastruktur** unter wirksamer Einbeziehung der verantwortlichen Akteure der fraglichen Bereiche und der lokalen und regionalen Behörden:
 - sozialer Bereich (hauptsächlich Wasser- und Abfallwirtschaft, Gesundheit und Bildung);
 - lokale Wirtschaftsinfrastruktur (z. B. öffentliche Märkte, Busbahnhöfe, Schlachthöfe; lokale Wirtschaftsdienstleistungen zur Förderung der Umstellung sowie der Entwicklung des Agrarsektors und der Klein- und Kleinstunternehmen.
- Festlegung und Unterstützung von **Programmen zur institutionellen Stärkung und zum Aufbau von Kapazitäten in den Kommunen und bei den lokalen Akteuren**, vor allem von **lokalen Kapazitäten für eine vernünftige Umweltbewirtschaftung und die Verringerung der Gefährdung durch Naturkatastrophen**.
- Festlegung und **Unterstützung der Umsetzung der Pläne für eine integrierte und nachhaltige lokale Entwicklung** unter wirksamer Einbeziehung der verschiedenen

beteiligten Akteure. Außerdem wird in diesem Rahmen Nachdruck auf Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der rationellen Nutzung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen gelegt.

Die Maßnahmen sollen sich auf genau festgelegte Gebiete von ausreichender Größe (mindestens auf Departementebene) konzentrieren, um ein Mindestmaß an Effizienz und Evaluierung der Wirkung der Intervention auf lokaler Ebene gewährleisten zu können. Bei der Festlegung dieser Gebiete ist der Strategie der salvadorianischen Regierung sowie früheren Erfahrungen der Kommission Rechnung zu tragen, die sich für diesen Zweck nutzen lassen. Gleichzeitig sind geeignete Modalitäten für die Bereitstellung, Verwaltung und finanztechnische Betreuung der Gemeinschaftsmittel über ein nationales Finanzinstrument oder einen nationalen Fonds wie z. B. den Fonds für Sozialinvestitionen zur lokalen Entwicklung (FISDL) vorzusehen.

In Anbetracht der Art der Intervention in diesem Bereich kommt eine direkte Zusammenarbeit mit Ministerien und Einrichtungen anderer Sektoren (z. B. Gesundheit, Bildung, Umwelt, Wirtschaft) sowie mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft (Privatsektor, NRO) sowohl in der Planungsphase als auch in der Durchführungsphase der Maßnahmen in Betracht. Insbesondere müssen die verschiedenen auf lokaler Ebene aufgestellten Entwicklungs- und Investitionspläne mit den geltenden Bestimmungen in Einklang stehen und der Verknüpfung der auf zentraler staatlicher Ebene festgelegten sektorbezogenen Politiken, vor allem in den Bereichen **nachhaltige Entwicklung, vernünftige Umweltbewirtschaftung und Verringerung der Gefährdung durch Naturkatastrophen**, Rechnung tragen.

Außerdem muss für Komplementarität zwischen den Maßnahmen gemäß dieser Strategie und den derzeit laufenden Programmen, insbesondere der im Rahmen des Regionalen Wiederaufbauprogramms für Zentralamerika nach dem Wirbelsturm Mitch (Gesundheit, Bildung, Umweltschutz) vorgesehenen Wiederaufbauhilfe, den Maßnahmen zur Behebung der Erdbebenschäden und anderen wichtigen Programmen für lokale Entwicklung, die gegenwärtig durchgeführt werden (z. B. San Vicente Productivo, Zweiländerprogramm El Salvador-Honduras usw.), gesorgt werden. Dabei wäre es zweckmäßig, bei den künftigen Maßnahmen gezielt Rehabilitation und nachhaltige Entwicklung miteinander zu verbinden und systematisch Maßnahmen zur Verringerung der Gefährdung durch Naturkatastrophen und zu deren Verhütung in die Programme einzubeziehen.

Indikatoren

Die Komponenten Stärkung der Kapazitäten und Lokale Investitionen werden nach Modalitäten durchgeführt, die bei der Vorbereitung der Programme für diesen Bereich ausgehandelt werden, sich jedoch auf jeden Fall direkt auf die Armutsbekämpfung, insbesondere die Verringerung extremer Armut, beziehen müssen. Für lokale Investitionen bestimmter Prozentsatz des Staatshaushalts; Verringerung der durchschnittlichen Entfernung, die zurückzulegen ist, um Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu haben; direkte Beteiligung der Bürger an der Umsetzung kommunaler Pläne, u. a. öffentliche Anhörungen zum Haushaltsplan und zu anderen finanziellen Entscheidungen; Ausstattung der Kommunen mit leistungsfähigen technischen Büros/Planungsbüros zur Ausführung von in einem offenen, partizipativen Verfahren entwickelten Plänen und Vorschlägen.

Konditionalität und sonstige Bestimmungen: Fortschritte im Dezentralisierungsprozess (Staat, Zivilgesellschaft); Zuweisung ausreichender Haushaltsmittel.

6.2.3. Gerechtes und nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum

Ziel 1: Förderung der erforderlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Produktivität der salvadorianischen Privatunternehmen, vor allem der Klein- und Kleinstunternehmen auf lokaler Ebene.

Zu diesem Zweck sind Maßnahmen in folgenden Bereichen in Betracht zu ziehen:

- Verbesserung der Vermarktung, der Exporttätigkeit, der Qualität und des Betriebs von Klein- und Kleinstunternehmen durch Förderung von Erzeugnissen mit höherem Wertschöpfungsanteil, Steigerung der Produktivität und einen besonderen Schwerpunkt bei Technologien und Innovation.
- Ausbau des Angebots finanzieller und nicht finanzieller Dienstleistungen für Unternehmen (Schulung, technische Hilfe).
- Stärkung der Einrichtungen und Netzwerke zur Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen (z. B. Einrichtungen für Unterstützung auf Gegenseitigkeit, Berufsverbände, technische Zentren, Unternehmensgruppen usw.) mit dem Ziel, internationale Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen KMU zu fördern und bessere Zugangsmöglichkeiten zu Informationen, Finanzmitteln und technologischen Ressourcen sowie neuen Märkten zu eröffnen.

In diesem Zusammenhang käme in Betracht, die Erschließung weiterer Mittelzuflüsse zusätzlich zu den Gemeinschaftsmitteln durch Festlegung und Anwendung von Mechanismen zu fördern, die es ermöglichen, Überweisungen im Ausland lebender Familienangehöriger zur Finanzierung produktiver Aktivitäten von Klein- und Kleinstunternehmen heranzuziehen. Dabei gilt es unter anderem, den Zugang der am stärksten benachteiligten Unternehmen – auch weiblicher Unternehmensleiter – zu den erforderlichen Dienstleistungen, den Erfahrungsaustausch und die Verbreitung von optimalen Verfahrensweisen (best practices) und Fachkenntnissen zu fördern.

Ziel 2: Stärkung der Position El Salvadors auf den internationalen Märkten (EU und Zentralamerika) durch Intensivierung und Förderung der Wirtschaftsbeziehungen des Privatsektors.

Im Einzelnen wird die Kommission El Salvador in seinen Bemühungen unterstützen, seine institutionellen, Rechtsprechungs- und Regelungskapazitäten in handelsbezogenen Bereichen auszubauen, namentlich durch technische Hilfe für den Aufbau von Kapazitäten zur Erleichterung des Handels (Vereinfachung, Harmonisierung und automatisierte Abwicklung der Einfuhr-, Ausfuhr- und Transitverfahren), Verbesserung der heimischen wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen, Hilfe bei der Analyse tarifärer und nicht tarifärer Prioritäten und Erfordernisse und Unterstützung bei der Weiterentwicklung der salvadorianischen Regelung für Direktinvestitionen ausländischer Anleger (Stärkung der Fähigkeit El Salvadors, ausländische Direktinvestitionen ins Land zu holen und für Humanentwicklung und institutionelle Entwicklung zu nutzen). Außerdem wird die Kommission El Salvador in seinen Bemühungen unterstützen, seine Fähigkeit zur Teilnahme an den multilateralen Verhandlungen im Hinblick auf die auf der WTO-Ministertagung 2001 in Doha beschlossene Entwicklungsagenda zu verbessern.

- Indikatoren: BIP, Beschäftigungswachstum und -verteilung, Menge und Art der nicht traditionellen Erzeugnisse, die auf dem lokalen, nationalen oder internationalen Markt abgesetzt werden. Häufigkeit von Unternehmensgründungen und -schließungen, aufgeschlüsselt nach Sektoren und Regionen.
- Qualität des Warenangebots. Umfang der in lokale Programme/Aktivitäten investierten Geldüberweisungen im Ausland lebender Salvadorianer.

- Veränderungen der EU-Präsenz in Bezug auf Exporte nach El Salvador und Investitionen in El Salvador.

Die dafür am besten geeigneten Indikatoren werden auf der Basis einer eingehenderen Untersuchung festgelegt werden. Erforderliche Regierungspolitik: stabile makroökonomische Politik, Unterstützung der Politik zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

6.3. Querschnittsthemen (cross-cutting)

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Vertragsparteien sollte sich auf die Zielsetzung einer umfassenden Beteiligung der Zivilgesellschaft und auf die Prinzipien sozialer Gleichheit - u. a. geschlechtsspezifische Aspekte, Achtung von Minderheiten und unterschiedlichen Kulturen, nachhaltige Umweltbewirtschaftung – gründen. Außerdem wird im Rahmen der Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit El Salvador die Regionalintegration in Zentralamerika unterstützt werden.

Chancengleichheit: Bei allen Maßnahmen im Rahmen dieser Strategie wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Armutsbekämpfung eine ausgewogene Beteiligung von Männern und Frauen sowie größere Zugangsmöglichkeiten für die indigenen Gemeinschaften erfordert, um den Teufelskreis von Ausgrenzung und Marginalisierung zu unterbrechen.

Umweltschutz und –bewirtschaftung und Verringerung der Gefährdung durch Naturkatastrophen: Die Verhütung von Naturkatastrophen und der Katastrophenschutz sowohl im nationalen als auch im bilateralen Rahmen müssen zu den Prioritäten der Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit El Salvador zählen. Außerdem müssen bei allen Maßnahmen die Kriterien für die Umweltfolgenabschätzung und die Nachhaltigkeit der Umweltbewirtschaftung berücksichtigt werden. Die Maßnahmen müssen mit den Prioritäten der EG in der Umweltpolitik sowie mit dem Regionalstrategiepapier für Zentralamerika und den für alle Länder Lateinamerikas vorgesehenen künftigen Maßnahmen zur Verringerung der Gefährdung durch Naturkatastrophen in Einklang stehen.

Die regionale Integration ist die wichtigste Priorität der regionalen Strategie der Kommission für Zentralamerika. Sie muss auf allen Ebenen der Umsetzung der nationalen Strategie, deren Maßnahmen und Aktivitäten sämtlich mit der regionalen Strategie im Einklang stehen müssen, berücksichtigt werden.

- Sonstiges: Dezentralisierung, Beteiligung der Zivilgesellschaft, Förderung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien.

6.4. Arbeitsprogramm

Das Arbeitsprogramm auf der Basis dieser Strategie gestaltet sich wie folgt:

Schwerpunktbereiche	2002	2003	2004	2005	2006	Insges.
1. Prävention und Abbau der Jugendkriminalität	9,2					9,2 Mio. EUR
2. Konsolidierung und Modernisierung des Staates, Unterstützung der Dezentralisierung				33		33 Mio. EUR
3. Programm für integrierte lokale Entwicklung						
4. Unterstützung für Wirtschaft und Beschäftigung			10			10 Mio. EUR
Bereiche außerhalb der festgelegten Schwerpunktbereiche						
5. Umwelt und Armutsbekämpfung	4,4				4	8,4 Mio. EUR
Regionalintegration						

- Die vorgesehenen Maßnahmen zur Dezentralisierung und lokalen Entwicklung werden grundsätzlich zu einem einzigen Projekt zusammengefasst.
- Die endgültige Auswahl der Projekte und die Festlegung der entsprechenden Beträge erfolgen aufgrund der Ergebnisse detaillierter Projektfestlegungs- und -vorbereitungsarbeiten, die von der Kommission abgewickelt werden. Die Umsetzung des indikativen Arbeitsprogramms hängt von der Höhe der der Kommission jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ab.
- Bei dieser Programmierung bleiben die Finanzmittel außer Betracht, die im Rahmen des PRRAC für Guatemala vorgesehen sind, das jedoch auch zur Verwirklichung der in diesem Papier festgesetzten Ziele beitragen wird.

7. ANHÄNGE

- Anhang 1 El Salvador „at Glance“ (Quelle: Weltbank)
- Anhang 2 Statistiken (Quelle: Weltbank)
- Anhang 3 Handelsstatistiken (Quelle: Eurostat)
- Anhang 3a Handel mit der EU (Quelle: Eurostat)
Verwendungsraten APS 1997-2000
- Anhang 4 Statistiken (Quelle: UNDP)
- Anhang 4a Indikatoren (UNDP)
- Anhang 5 Internationale Hilfsangebote nach den Erdbeben
- Anhang 6 Hilfe für El Salvador 1995-1999 (OECD)
- Anhang 7 Öffentliche Entwicklungshilfe für El Salvador 1998-1999 (DAC-OECD)
- Anhang 8 Schwerpunkte der Hilfe der EU-Länder für El Salvador
- Anhang 9 Policy Mix
- Anhang 10 Vereinbarung (Memorandum of Understanding) 2001

